

Der Bildungsrat lenkt bei der Stundentafel ein

Die Naturwissenschaften und die Geschichte werden in den Baselbieter Sekundarschulen doch nicht abgewertet

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Bildungsrat lenkt ein: In den Baselbieter Sekundarschulen werden die naturwissenschaftlichen Fächer und die Geschichte nun doch gestärkt. Auf die geplante Degradierung zu Ein- oder Eineinhalbstundenfächern verzichtet der Bildungsrat. Die Baselbieter Stimmberechtigten hatten im Juni letzten Jahres entschieden, dass die traditionellen Schulfächer beibehalten werden. Jetzt lenkt der Bildungsrat unter dem Druck eines parlamentarischen Vorstosses und einer Volksinitiative ein.

Die vom Baselbieter Bildungsrat revidierte Stundentafel respektiert die vom Regierungsrat vorgegebene Anzahl wöchentlicher Lehrer-Lektionen, berücksichtigt jedoch in der Stundentafel für die Schüler alle Promotionsfächer mit mindestens zwei Lektionen. Verzichtet wird im Gegenzug darauf, alle Fächer während allen drei Sekundarschuljahren zu berücksichtigen. Zusätzlich wird der Halbklassen-Unterricht in der Hauswirtschaft reduziert. Verzichtet wird auch darauf, die Stundentafel für alle Niveaus durchgehend einheitlich zu gestalten. Die Aufwertung der gestalterischen Fächer wird für die Niveaus E und P fallen gelassen.

Bei den naturwissenschaftlichen Fächern ist vorgesehen, Biologie während allen drei Jahren in jeweils zwei Wochenlektionen zu unterrichten. Geografie wird im ersten und dritten Sekundarschuljahr in zwei Wochenlektionen unterrichtet, Chemie nur im zweiten und Physik nur im dritten Jahr. Deutlich aufgewertet wird gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag auch die Geschichte, die künftig durchgehend mit zwei Wochenlektionen in der Stundentafel berücksichtigt wird.

Differenz zu Basel-Stadt

In der gestern verbreiteten Medienmitteilung weist der Bildungsrat ausdrücklich darauf hin, dass es nun eine Differenz zur Stundentafel Basel-Stadt gebe, diese jedoch klein sei und kein Mobilitätshindernis darstelle. Einen Unterschied gibt es aber ohnehin: Anders als der Kanton Baselland hat Basel-Stadt die Sammelfächer des Lehrplans 21 eingeführt. Zu den grösseren Differenzen der Stundentafel im Vergleich mit den Nachbarkantonen Aargau und Solothurn schweigt sich der Baselbieter Bildungsrat aus.

Der in mehreren Sitzungen mit Vertretern des Landrats ausgehandelte Kompromiss verhilft den Sekundar-

schulen zur nötigen Planungssicherheit. Die Initiative der Starken Schule wird zurückgezogen. Hätten die Schulen noch Monate auf einen Volksentscheid warten müssen, hätte dies bei der Planung zu Problemen geführt.

Dass der Streit über die Stundentafel überhaupt eskaliert ist, hat seine Ursache darin, dass der Bildungsrat das Ergebnis der Vernehmlassung zur

Stundentafel übergibt. Trotz einer mehrheitlich negativen Aufnahme des Vorschlags setzte der Bildungsrat die in die Vernehmlassung geschickte Stundentafel seinerzeit unverändert in Kraft. Der ursprüngliche Entscheid des Bildungsrats stand quer in der Landschaft, wurde doch in jüngster Zeit mehrfach auf den Fachkräftemangel in der Schweiz hingewiesen und eine För-

derung der Naturwissenschaften und der ICT gefordert.

Kritiker warfen dem Bildungsrat zudem vor, mit der ursprünglich vorgesehenen Stundentafel die vom Volk abgelehnten Sammelfächer «Natur und Technik» anstelle von Physik, Chemie und Biologie sowie «Räume, Zeiten, Gesellschaft» anstelle von Geografie und Geschichte durch die Hintertür einführen zu wollen. Das Stimmvolk hatte im Juni 2016 die parlamentarische Initiative «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer» mit 60,94 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Kritiker begrüssen neuen Entscheid

Oberwil/Birsfelden. Die Kritiker der ungenügenden Berücksichtigung der naturwissenschaftlichen Fächer und der Geschichte sind hoch zufrieden. Landrat Pascal Ryf (CVP) und die Mitunterzeichner der Motion zur Stärkung der Naturwissenschaften sehen ihre Forderungen vollumfänglich erfüllt. «Es darf als politischer und pädagogischer Erfolg betrachtet werden, dass der Bildungsrat nach mehreren Anhörungen und intensiv geführten Gesprächen mit den Motionären und den Initianten die Anliegen der Motion aufgenommen hat», schreibt Ryf in einer Stellungnahme. Positiv reagiert auch die Starke Schule beider Basel und kündigt an, dass sie

ihre Volksinitiative zurückziehen werde. Hätte der Bildungsrat an der ursprünglich verabschiedeten Stundentafel festgehalten, wäre der Volksentscheid gegen die Sammelfächer «faktisch missachtet» worden, heisst es in der von Geschäftsleiterin Saskia Olsson verschickten Mitteilung. Ohne die Ein- und Eineinhalbstundenfächer erfülle der Bildungsrat nun aber die Forderungen der eigens lancierten Initiative der Starken Schule. Gewürdigt wird insbesondere auch der Entscheid, den Physikunterricht ins letzte Sekundarschuljahr zu verschieben, weil bis dahin die Lehrkräfte auf den inzwischen fortgeschrittenen Mathematik-Kenntnissen aufbauen könnten. td

Qualifizierte Lehrkräfte verlangt

Die vom Bildungsrat vorgesehenen Einstundenfächer wären nach dessen Vorstellungen in der Praxis von der gleichen Lehrkraft unterrichtet worden. Damit wäre das Hauptanliegen der Befürworter der vom Volk angenommenen Initiative missachtet worden.

Diese hatten im Abstimmungskampf gefordert, dass die Naturwissenschaften und die Geschichte von qualifizierten Lehrkräften mit einer Lehrbefähigung im entsprechenden Fach unterrichtet werden. Mit der korrigierten Stundentafel sollte dies nun möglich sein.

Grosserfolg für Wohnkosten-Initiative

Bürgerliches Komitee sammelt innert kurzer Zeit über 21 000 Unterschriften



Stolze Initianten. Das Komitee mit den aktiven Wirtschaftskammer-Vertretern Markus Meier (links) und Christoph Buser (3.v.l.) und deren früherem Direktor Hans Rudolf Gysin (rechts) vor den Unterschriften. Foto Nicole Pont

Von Thomas Gubler

Liestal. Eigentlich wollte man die Initiative «für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten», die sogenannte Wohnkosten-Initiative, schon im September einreichen. Nun ist es Oktober geworden. Grund dafür ist die ausserordentliche hohe Zahl von Unterschriften, deren Beglaubigung durch das Initiativkomitee selbst eben etwas länger in Anspruch genommen hat.

21 015 Unterschriften hat das Komitee um Christoph Buser, Christine Frey, Hans Rudolf Gysin, Markus Meier, Marc Scherrer und Alexander Heinzelmann gestern in Liestal dem ersten Landtschreiber Peter Vetter übergeben – verpackt in einer Mauer aus 86 Kartons mit den jeweiligen Gemeindegewappen. «Wir haben aus jeder Baselbieter Gemeinde Unterschriften erhalten», erklärte Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser sichtlich stolz über den Sammelerfolg.

Zwar bedeuten die 21 015 Unterschriften keinen neuen Rekord. An der Spitze steht nach wie vor das Volksbegehren zu einem ähnlichen Thema von Hans Rudolf Gysin aus dem Jahr 1992 «Für eine verfassungskonforme Eigenmietwertbesteuerung und einen prozentualen Wohnkostenabzug» mit sagenhaften 36 043 Unterschriften. Die Wohnkosten-Initiative schafft es aber

immerhin auf Platz drei und damit aufs Podest. «Diese Unterschriftenzahl ist mehr als ein Wink mit dem Zaunpfahl, nämlich ein klarer Auftrag an die Regierung, rasch zu handeln», sagte Christoph Buser.

Mit der Wohnkosten-Initiative soll die Steuererhöhung, die 2016 den Baselbieter Wohneigentümern durch ein Bundesgerichtsurteil entstanden ist, aufgefangen werden. Dieses hat dem Kanton Baselland unverhofft neun Millionen, den Gemeinden 5,2 Millionen und dem Bund drei Millionen Franken an zusätzlichen Steuereinnahmen beschert.

Lausanner Intervention

Das Bundesgericht hat im Januar dieses Jahres auf Beschwerde des Mieterinnen- und Mieterverbandes Baselland eine vom Landrat 2015 beschlossene Reduktion des Eigenmietwerts als verfassungswidrig aufgehoben. Der neu festgelegte Eigenmietwert, so die Lausanner Richter, falle mit der entsprechenden Revision in vielen Fällen zu tief aus, das heisst tiefer als die vom Bund vorgesehenen 60 Prozent der Marktmiete.

Gleichzeitig mit der Senkung des Eigenmietwerts hatte der Landrat aber eine Senkung der Pauschalen für den Liegenschaftsunterhalt, die in der Steuererklärung vom Einkommen abge-

zogen werden können, beschlossen. Doch während das Bundesgericht die Eigenmietwertsenkung aufhob, blieben die geringeren Abzüge bestehen. Das hatte dann die genannten höheren Steuereinnahmen zur Folge beziehungsweise eine laut Initiativkomitee durchschnittliche steuerliche Mehrbelastung für Wohneigentümer von rund 400 Franken.

Mit der gestern eingereichten Initiative soll diese Mehrbelastung rückgängig gemacht werden. So würden Wohneigentümer beispielsweise wieder Unterhaltskosten von 18 Prozent des Eigenmietwerts (für weniger als zehn Jahre alte Bauten) beziehungsweise von 28 Prozent (für über zehnjährige) vornehmen können. Im Weiteren sieht die Initiative Steuererleichterungen für Arbeitnehmer vor, die für ihre Berufstätigkeit ein privates Arbeitszimmer zur Verfügung stellen.

Der freisinnige Landrat Michael Herrmann hatte bereits im Februar eine parlamentarische Initiative zur Korrektur der Folgen des Bundesgerichtsurteils eingereicht. Komitee-Präsident Christoph Buser hofft, dass nun die Anliegen der Volksinitiative in die Umsetzung von Herrmanns Vorstoss einfließen. Damit würde die Korrektur in einem beschleunigten Verfahren umgesetzt, sodass es die Initiative im Idealfall gar nicht mehr bräuchte.

Die Bildungsdirektorin erntet kräftigen Applaus

Monica Gschwind zieht am Parteitag der FDP Baselland Bilanz

Von Thomas Dähler

Liestal. Sie waren gekommen, an diesem Dienstag, die ehemaligen Grössen der Baselbieter FDP: René Rhinow, Jean-Luc Nordmann, Hans Rudolf Gysin. Ihr Interesse galt der Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind. Angekündigt war ein Referat über die Bilanz ihrer Tätigkeit als Regierungsrätin, das sie vor den Delegierten der FDP Baselland halten wollte. Der Parteitag in Liestal war ausserordentlich gut besucht. Und Gschwind enttäuschte ihre Parteikollegen nicht: Sie zeichnete ein umfassendes Bild ihrer Bildungspolitik und zählte nicht ohne Stolz auf, was sie in den zwei Jahren seit der Amtsübernahme erreicht hat.

Im Juli 2015, als eine eigentliche Bildungs-Blockade – so Gschwind – herrschte, hatte sie die Bildungsdirektion übernommen und dafür gesorgt, dass wieder Ruhe einkehrte, nach all den Reformen, Neuerungen und Volksinitiativen, die ihr Vorgänger Urs Wüthrich von der SP hinterlassen hatte. Inzwischen sind die Konturen der freisinnigen Bildungspolitik sichtbar geworden: eine Politik, die dem Stellenwert der Bildung gerecht wird, die Ressourcen aber effizient einsetzt. Für ihren bildungspolitischen Tour d'horizon erntete Gschwind kräftigen Applaus. Auch die ehemaligen Grössen der FDP klatschten mit.

Gschwinds Augenmerk galt bei der Amtsübernahme zuallererst der Volksschule. Dort war die Ausgangslage verfahren. Der Bildungsrat hatte die Einführung des Lehrplans 21 beschlossen, zwei Parlamentarische Initiativen dagegen waren hängig, dazu mehrere Volksinitiativen. Die Lehrerinnen und Lehrer waren skeptisch, der Lehrerverein Baselland opponierte, der Gemeindeverband war unzufrieden. «Mein erstes Ziel war, in der Volksschule wieder für Ruhe und Planungssicherheit zu sorgen», sagte Gschwind.

Es gelang. Inzwischen sind fast überall Kompromisse gefunden, haben Volksabstimmungen zu hängigen Initiativen stattgefunden. Als Vermittlerin zwischen Bildungsrat und Landrat musste Gschwind gar tätig werden. Und bei der drohenden Erhöhung der maximalen Klassengrössen hat Gschwind inzwischen eine Vorlage erarbeitet, die stattdessen die Durchschnitte der Klassengrössen anhebt, aber bei der heutigen Maximalzahl von 24 bleibt, flankiert von Ressourcen für Notfälle in schwierigen Situationen. «Und wenn wir den Lehrkräften die Altersentlastung absprechen oder ihre Lektionenzahl um eine Schulstunde erhöhen,

bedeutet dies keinen Bildungsabbau», parierte sie auch die Kritik der Linken.

Auch bei den Hochschulen, die einen Drittel des Bildungsbudgets ausmachen, sind die Weichen gestellt. «Wir mussten die laufende Erhöhung der finanziellen Mittel stoppen.» Sie wurde gestoppt. Bei der Fachhochschule ohne Nebengeräusche, bei der Universität gegen den Widerstand vieler Politiker in der Stadt. «Auch die Universität muss die Mittel effizient einsetzen», sagte Gschwind. Mit Basel-Stadt habe man einen Weg gefunden. Für die Zukunft werde man einen dynamischen Finanzierungsschlüssel beschliessen, die Immobilienstrategie überprüfen und eine gemeinsame Strategie beschliessen. Gschwind ist auch überzeugt, dass sich die Uni stärker von ihren Trägern lösen muss: «Langfristig werden alle Universitätskantone an Grenzen stossen. Deshalb werden wir die Diskussion auf Bundesebene anstossen.»

Vieles steht in den kommenden zwei Jahren noch an: die gesetzliche Verankerung der Sonderpädagogik, ein neuer Kulturvertrag mit Basel-Stadt, die Zusammenführung der Berufsfachschulen zum Bildungscluster MuttENZ, zeitgemässe Führungsstrukturen in den Primar- und Sekundarschulen. Kraft, Geduld und Hartnäckigkeit brauche es. «Das Baselbiet wurde vielerorts belächelt», sagte Gschwind, «aber jetzt zeichnet sich ab, dass wir wieder schwarze Zahlen schreiben.»



Engagiert und überzeugend. Monica Gschwind erntete am FDP-Parteitag viel Applaus. Foto Christian Jaeggi